

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich sehe das einfach anders als Sie.

(Lachen bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe als nächsten Redner den Abgeordneten Herrn von Ryssel von der Fraktion der Liberalen auf.

Von Ryssel für die Fraktion Die Liberalen:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Abgeordnete! Der vorliegende Haushalt ist ein Haushalt des Übergangs. Es ist sicher allen Beteiligten klar, daß der Haushalt unter dem Diktat größter Mittelknappheit steht und sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite noch erhebliche Risiken enthält. Es wird die Aufgabe in den nächsten Tagen sein, durch konstruktive Arbeit das labile Gleichgewicht noch etwas zu stabilisieren. Ich sage hier klar: Könnte der Haushalt, wie er hier in den Grundpositionen eingebracht worden ist, tatsächlich realisiert werden, so wäre das bereits ein Erfolg.

Haushaltsdebatten sind Debatten mit politischer Generalabrechnung. Es wird deshalb heute hier der Vorwurf nicht fehlen - wir haben ihn ja bereits gehört daß die gegenwärtigen Probleme vorhersehbar gewesen seien, daß sie logische Folgen einer von der Koalition viel zu überstürzt betriebenen Einigung seien.

Was sich nun im Haushalt zum Teil sehr drastisch abbildet, wird man vielleicht etwas hämisch kommentieren: Wir haben es ja schon immer gesagt. Ich sehe einmal davon ab, daß diese Haltung nicht eben hilfreich ist, und sehe auch davon ab, daß Verantwortlichkeiten einer früher führenden Kraft hier nicht verwischt werden sollten.

(Zuruf von der PDS: Das passiert doch nicht!)

Frau Prof. Luft, wenn Sie von einem Geschwür gesprochen haben und von den Defiziten bis zur Modrow-Regierung, so müssen wir auch klarstellen, das Geschwür hat gewuchert und gewuchert. Hätten wir keine einschneidenden Maßnahmen vorgesehen, würde das Geschwür weiterwuchern bis zum absoluten Kollaps. Es sollte von allen geachtet werden, daß versucht worden ist, die Wucherung dieses Geschwürs zu verhindern. Vielleicht geben mir die Mediziner, von denen viele hier im Saal sind, recht, daß das Bild vom Krebs vielleicht gar nicht so schlecht ist, denn >rt gibt es solche Zeitpunkte, wo es zu krisenhaften Situationen >TCbmmt. Erst mit der Entfernung der Geschwulst im ganzen ist mit einer Besserung zu rechnen.

Die Liberalen beziehen klare Positionen. Der gegenwärtige Prozeß ist Ausdruck unseres politischen Willens zur deutschen Einheit. Die aktuellen Haushaltsprobleme betrachten wir daher vor allem als Übergangsprobleme. Sie werden sich zum Teil mildern, wenn die technischen Anlaufschwierigkeiten in der neuen Haushaltswirtschaft überwunden sind. Die Haushaltslage wird darüber hinaus wesentlich entschärft werden, wenn Steuergesetze und Steuerverwaltung besser eingeführt sind und das Umsatzsteuer-clearing mit der BRD etabliert ist. Mittelfristig rechnen wir nach wie vor mit einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation und entsprechend höheren Steuereinnahmen. Marktwirtschaft bedeutet schließlich höhere Steuerdisziplin.

Der vorliegende Haushalt steht unter dem Diktat knapper Kassen. Aus liberaler Sicht muß er aber eine ordnungspolitische Neuorientierung zumindest markieren. Alle öffentlichen Haushalte werden sich in Zukunft auf ihre originären Aufgaben beschränken müssen. Das sind solche Aufgaben, vor denen der Markt versagt. Die Haushalte müssen außerdem transparent und damit kontrollierbar sein. Die Neuorientierung wird eine Intensivierung von Ausgaben bedeuten. Beispielsweise sind Maßnahmen der Regionalpolitik, Infrastruktur und des Umweltschutzes

notwendig, um frühere Versäumnisse aufzufangen. Die Ansätze des vorliegenden Haushalts sind in dieser Hinsicht mager, aber mehr ist wohl bis Ende 1990 auch nicht möglich. Um so wichtiger ist es, daß auf der anderen Seite bei der Einschränkung der bisher allumfassenden Staatszuständigkeit und der entsprechenden Finanzlast Fortschritte erzielt werden.

Meine Damen und Herren, es ist Ernst zu machen mit dem Abschied von der Weihnachtstheorie, wonach der Staat allen wohl und niemand weh überall fördernd und organisierend bereitsteht. Ordnungspolitische Neuorientierung heißt, daß Ausgaben stets im Bewußtsein geleistet werden müssen, daß dafür an anderer Stelle Mittel entzogen und Aktivitäten beschränkt werden, beispielsweise durch hohe Steuerlast oder hohe Zinsen. An dieser elementaren Einsicht führt kein Weg vorbei, auch wenn manche inzwischen das Treuhandvermögen als Verschleppbahnhof und unerschöpflichen Sondertopf entdeckt haben wollen.

Eine Neuorientierung muß unseres Erachtens die Ausgliederung von unnötigen Leistungserstellungen durch staatliche Verwaltungen einschließen. Große westliche Firmen haben längst erkannt, daß am Bürokratismus erstickt, wer alles im eigenen Apparat macht, angefangen von der Herstellung des Bürostuhls bis hin zum betrieblichen Ferienhaus.

Ein weiterer Punkt ist die Nutzung des Wettbewerbs. Auch staatliche Stellen sind jetzt als Nachfrager gefordert, kostengünstige Beschaffungsmöglichkeiten zu suchen. Nicht in Vergessenheit geraten sollte auch das Konzept, produktbezogene Personen konsequent zugunsten personenbezogenen Transfers abzubauen.

Besondere Bedeutung hat die Reduzierung des Personals. Auch im öffentlichen Dienst kann die Produktivität gesteigert werden. Aufgaben werden entfallen. Der Zusammenschluß mit der Bundesrepublik ermöglicht Einsparungen bei Doppelbesetzungen. Der Haushaltsplan enthält hier zwar Ansätze zur Einsparung, diese empfinden wir aber als viel zu wenig konkret.

Beispielhaft sei auf den Auswärtigen Dienst verwiesen. In enger Abstimmung mit der Bundesregierung muß eine drastische Reduzierung der diplomatischen Vertretungen und deren Personals erreicht werden. Das Auslandsvermögen der DDR ist zu sichern und angemessen zu verwerten.

Ein weiteres Beispiel für die noch anzumahende ordnungspolitische Neuorientierung sind die Bürgerschaftsermächtigungen für diverse Zwecke. Sie mögen für die jetzige Übergangsphase unvermeidlich sein. Es gebe sich aber niemand der Illusion hin, hier habe man ein Instrument kostenloser Wirtschaftsförderung in der Hand. Bürgschaften sind nach wie vor Risiken. Die dem Haushalt eingestellten Verpflichtungen sind stets ein Mittelding zwischen Merkposten und frommer Hoffnung.

Ein abschließendes Wort zu den veranschlagten globalen Minderausgaben von 4,3 Milliarden DM. Klartext gesprochen: Dieses Geld fehlt noch. Ein Großteil der Debatte in den nächsten Tagen wird sich hier mit dieser Deckung befassen.

Es wird vorgeschlagen, den Artikel 27 Absatz 1 des Staatsvertrages genauestens zu prüfen, ob hier die Forderung nach erhöhten Kreditrahmen erfüllt wird oder nicht. Ich meine, einige Positionen können unter diesem Aspekt gesehen werden, zum Beispiel die erhöhten Ausgaben für die Westgruppe der sowjetischen Armee, aber es sind auch einige Positionen enthalten, wie z. B. der Fehlbetrag aus dem Projektfonds Reiseaustausch, den man nicht so ohne weiteres hinnehmen kann.

Im großen und ganzen muß man oder kann man sagen, daß im Haushaltsplan versucht worden ist, mit den bestehenden Möglichkeiten eine Finanzierung für das nächste halbe Jahr zu sichern, und wir sollten uns alle anstrengen, hier Unterstützung zu geben, daß uns das gelingt, damit dieser Haushalt einigermaßen erfolgreich bis zum Jahresende realisiert werden kann. - Ich bedanke mich.

(Schwacher Beifall bei den Liberalen)